

Kurzmeldungen



Polen: Gesetz soll Push-Backs legitimieren

Am 14. Oktober beschloss das polnische Parlament eine Gesetzesänderung, die es ermöglicht, Flüchtlinge an der Grenze zurückzudrängen und Asylanträge von illegal Eingereisten zu ignorieren. Unter dem neuen Gesetz werden Menschen, die die Grenze illegal überschreiten, sofort ausgewiesen und erhalten ein Einreiseverbot von sechs Monaten bis zu drei Jahren. Auch der Plan der Regierung, eine Mauer an der Grenze zu Weißrussland zu errichten, erhielt grünes Licht. Die Kosten dieses Projekts,

das Migrant*innen am Grenzübertritt hindern soll, werden auf 353 Millionen Euro geschätzt. In den letzten Monaten haben Tausende Flüchtlinge versucht, von Weißrussland aus nach Polen oder in die EU-Mitgliedstaaten Litauen und Lettland zu gelangen. Zahlreiche NGOs kritisierten Polen für seinen Umgang mit Flüchtlingen an der Grenze. Bereits sieben Menschen starben laut offiziellen Zahlen. Das *UNHCR* und *IOM* schrieben in einer Stellungnahme: „Gruppen von Menschen sind wochenlang gestrandet und haben keinen Zugang zu irgendeiner Form von Hilfe, Asyl

oder Grundversorgung.“

Seerettung: Trotz Rettungen Dutzende Tote im Mittelmeer und Atlantik

Von 14. bis 18. Oktober sind bei vier verschiedenen Zwischenfällen im Mittelmeer und Atlantik mindestens 14 Migrant*innen ums Leben gekommen und weitere 47 werden vermisst. Außerdem wurden 230 Menschen vor den spanischen Balearen gerettet. Die Mittelmeer- und die Atlantikroute sind zwei der meistbefahrenen – und tödlichsten – Migrationsrouten der Welt. Der neuste Vorfall passierte im Albor-

nischen Meer, der westlichsten Stelle des Mittelmeers, wo Rettungskräfte nach dem Kippen eines Bootes, das von Algerien nach Spanien wollte, nach zwölf vermissten Menschen suchten. Zwei von ihnen konnten lebend geborgen werden. Der zweite Vorfall ereignete sich weiter östlich, wo ein überfülltes tunesisches Boot kenterte. Sieben der 30 Menschen an Board überlebten. Ein weiteres Boot kenterte am 14. Oktober vor Spaniens Atlantikküste. Drei Menschen konnten dabei lebend geborgen werden. Bei dem vierten Zwischenfall wurde die Leiche eines Mannes auf einem marokkanischen Boot mit 44 anderen Migranten gefunden, das nach einer Woche auf dem Atlantik Gran Canaria erreichte. Im Mittelmeer wurden am selben Tag insgesamt 230 Menschen von 18 verschiedenen Booten gerettet.

Deutschland: Hunderten Bangladeschis droht Abschiebung

Während Deutschland die Abschiebung von abgelehnten Asylwerber*innen nach einer Verlangsamung während der COVID-19-Pandemie wiederaufgenommen hat, wächst die Angst unter Migrant*innen aus Bangladesch. In den lokalen Zeitungen in Bangladesch wurde berichtet, dass Hunderte abgelehnte Asylwerber*innen in den kommenden Wochen aus Deutschland abgeschoben werden sollen. Der Botschafter von Bangladesch in Berlin, Mosharrar Hossain Bhuiyan, bestätigte zwar die Nachricht von der Abschiebung, sagte aber, die

Zeitungen in Dhaka hätten „einige Informationen übertrieben“, was unter den Asylbewerber*innen mit abgelehntem Antrag eine Massenpanik ausgelöst habe. Die Zahl der Menschen, die nach Bangladesch zurückgeschickt werden, liege bei 62 statt der vermuteten über 800. Während die politische Lage in Bangladesch in den letzten Jahren ruhig war, verschlechtert sich die Situation der Pressefreiheit und der Menschenrechte in dem Land weiter. Trotzdem wird Bangladesch von der EU in erster Linie als sicheres Land eingestuft.

Italien: Kapitän wegen Auslieferung von Flüchtlingen nach Libyen verurteilt

Giuseppe Sotgiu wurde für schuldig befunden, gegen internationales Recht verstoßen zu haben, welches die erzwungene Rückführung von Menschen in Länder, in denen sie gefährdet sind, verbietet. Der Kapitän, der 101 Migrant*innen nach ihrer Rettung im Mittelmeer an die libysche Küstenwache übergeben hat, wurde zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Am 30. Juli 2018, zum Zeitpunkt der Rettung, steuerte er ein Offshore-Schiff, das Ölplattformen vor Libyen beliefert. Internationale Organisationen äußerten sich zu der Verurteilung des Kapitäns mit gemischten Gefühlen. Das Urteil sei ein Schritt in die richtige Richtung, doch die Bestrafung einer Einzelperson lasse die Verantwortung Libyens und der EU außer Acht. Europäische Staaten arbeiten immer noch mit der so genannten liby-

schen Küstenwache zusammen und Frauke Ossig von *MSF (Ärzte ohne Grenzen)* meint dazu: „Libyen ist kein Ort, an dem Menschen in Sicherheit gebracht werden können. Die europäischen Staaten müssen das Urteil zur Kenntnis nehmen und anerkennen, dass die Rückführung von Migrant*innen nach Libyen ein Verbrechen nach internationalem Recht darstellt.“

Großbritannien: Drohende Abschiebung nach Sri Lanka

Einem Wissenschaftler, der bahnbrechende Forschung auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien betreibt, und seiner Familie drohen die Abschiebung nach Sri Lanka, wo er gefoltert wurde, nachdem er vom Innenministerium widersprüchliche Informationen über seinen Fall erhalten hatte. Dr. Nadarajah Muhunthan kam 2018 nach Großbritannien, nachdem er für seine herausragende wissenschaftliche Arbeit ein Stipendium erhielt. In Sri Lanka wurde die gesamte Familie aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur tamilischen Minderheit verfolgt. Bei einem Besuch in seinem Heimatland 2019 wurde Dr. Muhunthan wieder verfolgt und festgehalten. Ihm gelang es zu fliehen und er stellte einen Asylantrag in Großbritannien. Nachdem sein Stipendium ablief, war es ihm und seiner Frau nicht mehr erlaubt zu arbeiten. Ein Sachbearbeiter des Innenministeriums schickte am 20. September dieses Jahres eine E-Mail, in der es hieß, der Asylantrag der Familie werde „aktiv geprüft“ und am 11. Oktober eine weitere

E-Mail, in der es hieß, der Asylantrag sei bereits ab 23. August abgelehnt worden, 28 Tage vor der ersten E-Mail. Der Anwalt der Familie führt die „völlig vermeidbare Situation“ auf die schleppende Arbeit der britischen Einwanderungsbehörden zurück.

Äthiopien: flüchtende Familien berichten von Hunger und Vergewaltigungen

Tausende Familien mussten von Amhara nach Dessie vor Kämpfen weiter nördlich fliehen. Der Konflikt brach schon vorigen November zwischen der äthiopischen Zentralregierung und der Regierungspartei der Nordregion Tigray (*TPLF*) aus. Im Juli drang die *TPLF* in die benachbarte Region Amhara sowie in die Region Afar vor. Dieser Vormarsch zwang rund 250.000 Menschen zur Flucht aus Amhara. Diplomaten sind besorgt, dass erneute Kämpfe Äthiopien, ein Land mit 109 Millionen Einwohner*innen, weiter destabilisieren

und den Hunger in Tigray und den umliegenden Regionen verschärfen könnten. Laut Aussagen der UN lässt die äthiopische Regierung nur sehr wenige Lebensmitteltransporte und keine Medikamente oder Treibstoff nach Tigray durch, obwohl Schätzungen zufolge Hunderttausende Menschen dort von Hungersnot betroffen sind. Die Regierung bestreitet diesen Vorwurf. Sowohl die *TPLF* als auch die äthiopische Zentralregierung beschuldigen sich gegenseitig, Gräueltaten begangen zu haben. Flüchtlinge berichten von Gruppenvergewaltigungen und Massentötungen von Zivilist*innen in Tigray. Beide Seiten bestreiten diese Aussagen.

Südsudan: Schlimmste Überschwemmung seit Jahrzehnten

Das UN-Flüchtlingshilfswerk ist über die zerstörerischen Folgen der schlimmsten Überschwemmung seit Jahrzehnten im Südsudan alar-

miert. Die Katastrophe betrifft mehr als 700.000 Menschen und verschärft die humanitäre Krise in einem Land, das bereits dreifach von Konflikten, COVID-19 und Hunger bedroht ist. Die Überschwemmungen, die durch frühe saisonale Regenfälle seit August ausgelöst wurden, haben Ackerland überschwemmt, Vieh getötet und Häuser zerstört. Betroffene Familien sind gezwungen, in höher gelegenen Gebieten und benachbarten Städten Zuflucht zu suchen. Ein Vertreter der *UNHCR* erklärte, dass die Organisation zusammen mit der Regierung und dem Team vor Ort „dringend benötigte Unterstützung für die am stärksten Betroffenen bereitstellt“. Die jahreszeitlich bedingten Regenfälle werden laut Expert*innen voraussichtlich bis Ende des Jahres anhalten und weitere Menschen in eine prekäre Lage bringen. Klimatische Ausnahmesituationen haben zudem bereits in der Vergangenheit zu Konflikten zwischen den Gemeinden und den Geflüchteten geführt. Die durch starke saisonale Regenfälle verursachten Überschwemmungen verschlechtern sich im Südsudan von Jahr zu Jahr. Eine Überschwemmung dieses Ausmaßes gab es jedoch seit 1962 nicht mehr.

Malta: Migranten drohen 30 Jahre Gefängnis

2019 wurde der damals erst 15-jährige Lamin wegen der Entführung eines Schiffes angeklagt. Die Kontroverse um seinen Fall gibt dem Teenager das Gefühl, als politische Waffe in einem unfairen



Kampf benutzt worden zu sein. Eine internationale Kommission wird sich diese Woche für ihn einsetzen und die Freiheit für ihn und zwei andere Jugendliche fordern, denen wegen ihrer Rolle im Fall *El Hiblu* 30 Jahre Gefängnis drohen. Das Handelsschiff *El Hiblu* hatte den Auftrag, die 108 Menschen an Bord nach Libyen zu bringen. Am 28. März 2019 lief es jedoch in Malta ein. Es wurde berichtet, dass Migranten die Kontrolle über das Schiff übernommen und es gezwungen hatten, nach Europa zu fahren. Die jungen Männer, damals 15, 16 und 19 Jahre alt, wurden festgenommen und wegen terroristischer Handlungen angeklagt. Die Kommission, die sich aus Menschenrechtsaktivist*innen wie dem kamerunischen Akademiker Achille Mbembe zusammensetzt, wird Malta auffordern, das Verfahren unverzüglich einzustellen. Das Land habe den drei jungen Männern ein faires Verfahren verweigert und ihre grundlegenden Menschenrechte verletzt. Maria Pisani, Gründerin der maltesischen NGO *Integra*, die ebenfalls Mitglied der Kommission ist, findet den Fall „besonders verstörend“ – von der anfänglichen Androhung einer illegalen Rückführung nach Libyen bis hin zur Verhaftung und anschließenden Inhaftierung der Männer. „Drei junge Menschen wurden in ein politisches Spiel verwickelt und in einen anhaltenden Albtraum gestürzt, der dringend beendet werden muss“, sagt sie.



Großbritannien: Todesfälle in Asylunterkünften

Seit April 2016 sind laut unabhängigen Quellen 95 Menschen in Asylunterkünften in Großbritannien verstorben. Das ist eine doppelte so hohe Zahl als das Innenministerium vor Kurzem bekannt gab. Die Behörde hatte von 51 Todesfällen im selben Zeitraum gesprochen. Diese erhebliche Diskrepanz lässt den Verdacht aufkommen, dass das Innenministerium die Zahl der Todesopfer absichtlich heruntergespielt hat. Auf Nachfrage erklärte das Innenministerium, die Diskrepanz ergebe sich aus der Formulierung „während des Aufenthalts in einer Asylunterkunft“, diese gelte nur für Todesfälle innerhalb von Asylunterkünften. Der Anwalt Toufique Hossain vermutet eine Verbindung zwischen der Unterbringungsart der Asylsuchenden und den steigenden Todeszahlen. Seit 2020 wurden Flüchtlinge vermehrt in entlegenen Hotels untergebracht, in denen Zu-

gang zu medizinischer Hilfe schwer ist. Laut Hossain veröffentlichte das Innenministerium absichtlich falsche Zahlen, um eine Verbindung der Todesfälle mit der Art der Unterkünfte zu verschleiern.

Griechenland: Freiheitsentzug für Flüchtlinge

Asylsuchende Menschen werden in Griechenland über längere Zeiträume unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten. Nun werden fünf neue „Mehrzweck“-Lager gebaut, eine Unternehmung, die der EU 276 Millionen Euro kostet. Alle fünf Standorte werden frühere Lager ersetzen, die für ihre unmenschlichen Bedingungen berüchtigt waren. In Samos wurde das erste Lager bereits in einer überschwänglichen Zeremonie im September eröffnet. Kritiker*innen befürchten aber, dass die neuen Lager gefängnisartige Bedingungen mit sich bringen könnten. Nicht nur die Lage der neuen La-



ger, fernab jeglicher Infrastruktur, sondern auch der Umgang mit Flüchtlingen zum jetzigen Zeitpunkt, lassen wenig Hoffnung auf eine Besserung der Situation aufkommen. Bereits nach der Ankunft werden Flüchtlinge in Griechenland festgehalten. Der Kontakt nach außen, selbst zu Anwäl*innen, wird den Betroffenen teilweise erschwert. Sogar die Handykameras werden zerstört, damit keine Aufnahmen der Situation gemacht werden können. Laut Amal, eine 23-jährige Syrerin, die für 18 Monate in Kos festgehalten wurde, bekamen sie schimmeliges Essen, das manchmal sogar voller Würmer war. Im neuen Lager in Samos wird bald ein Haftzentrum eröffnet, zu dem NATO-Stacheldraht, Röntengeräte, Magnetschleusen und Rund-um-die-Uhr-Bewachung gehören. Hanne Beirens, Leiterin des *Migration Policy Institute*, meint, dass solche Überwachungsintensiven Modelle wahrscheinlich auch

bald in anderen Grenzregionen umgesetzt werden. „Die Absicht der EU, die Prozesse an den Außen Grenzen der Union zu beschleunigen, muss Hand in Hand gehen mit der Aufrechterhaltung der Standards, die sie sich selbst für eine angemessene Aufnahme von Neuankömmlingen gesetzt hat“, sagt sie.

Deutschland: Polizei stoppt bewaffnete Rechtsextremisten an der polnischen Grenze

In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober wurden mehr als 50 Rechtsextreme an der deutsch-polnischen Grenze aufgehalten. Sie waren mit Pfefferspray, Bajonetten, Macheten und Schlagstöcken bewaffnet und wollten damit Migrant*innen an der Einreise hindern. Dutzende von Menschen hielten am Nachmittag zuvor eine Mahnwache, um ihren Widerstand gegen die geplanten rechtsextremen Patrouillen zu bekunden. Die

Rechtsextremen folgten dem Aufruf der Partei *III. Weg*, die mutmaßlich Verbindungen zu Neonazigruppen hat. Die Partei hatte ihre Mitglieder zuvor aufgerufen, illegale Grenzübertritte nahe der deutschen Stadt Guben zu verhindern. Rechtsextreme waren von ganz Deutschland aus zur polnischen Grenze gereist. Die Polizei beschlagnahmte die Waffen und sorgte dafür, dass die Verdächtigen das Gebiet verließen.